

597790-2026 - Wettbewerb

**Deutschland – Hausmeisterdienste – Flüchtlingsunterkunft in Neuwied-Block -
Hausmeisterdienste
OJ S 167/2026 31/08/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Neuwied

E-Mail: verdingungsstelle@neuwied.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Flüchtlingsunterkunft in Neuwied-Block - Hausmeisterdienste

Beschreibung: Die Stadt Neuwied beabsichtigt, die Hausmeisterdienstleistungen für die für die kommunalen Flüchtlingsunterkunft der Stadt Neuwied an einen externen Dienstleister zu vergeben. Die Flüchtlingsunterkunft verteilt sich auf sechs Wohnanlagen mit bis zu vierundzwanzig einzeln abschließbaren Wohn-Containern sowie einem Außengelände und ist auf einen Betrieb mit bis zu 272 Personen ausgelegt. Es handelt sich um eine zweigeschossige Containerbauweise mit Dusch- und Toilettencontainer, Gemeinschaftsräumen, Küchen, Waschmaschinen- und Trocknercontainern. Ein Übersichtsplan der Flüchtlingsunterkunft ist den Vergabeunterlagen beigelegt. Das Vertragsverhältnis hat zunächst eine Laufzeit bis zum 01.04.2027. Dem Auftraggeber steht das Recht zu, die Laufzeit dieses Vertrages dreimal um je ein weiteres Jahr zu verlängern (Verlängerungsoptionsrecht). Die maximale Laufzeit ist auf den 01.04.2030 beschränkt. Einzelheiten sind in § 3 des Vertrags geregelt.

Kennung des Verfahrens: 5006246f-f5d9-40c8-a74a-20b9f71fdce6

Interne Kennung: 2025-45

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 98341140 Hausmeisterdienste

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Neuwied (DEB18)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Adresse: Krasnaer Straße, 56566 Neuwied - Block

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: [1.] Landestariftreuegesetz - LTTG Rheinland-Pfalz - Landesgesetz zur Schaffung tariftreurechtlicher Regelungen – Rheinland-Pfalz Zweites Landesgesetz zur

Änderung des Landestariftreuegesetzes vom 8. März 2016: Die Bieter/Bewerber haben die Verpflichtung das Landestariftreuegesetz (LTTG) Rheinland-Pfalz zu beachten und einzuhalten. Das Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz - LTTG) verpflichtet öffentliche Auftraggeber öffentliche Aufträge ab einem geschätztem Netto-Auftragswert von 20.000 Euro nur an solche Unternehmen zu vergeben, die bei der Angebotsabgabe schriftlich eine Tariftreueerklärung bzw. eine Mindestentgelterklärung vorlegen. Im Hinblick auf das v. g. Landesgesetz machen wir darauf aufmerksam, dass gemäß § 6 Nachweise und Kontrollen LTTG dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung nach §§ 3 Mindestentgelt und 4 Tariftreuepflicht auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen ist und im Falle der Missachtung nach § 7 LTTG sanktioniert wird. Im Kontext zu § 7 Sanktionen LTTG wird um die Einhaltung der Verpflichtungen nach §§ 3 bis 6 zu sichern, für einen schuldhaften Verstoß eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 v.H. des Auftragswertes vereinbart. In diesem Zusammenhang ist das beauftragte Unternehmen zur Zahlung einer Vertragsstrafe auch für den Fall verpflichtet, dass der Verstoß durch ein Nachunternehmen begangen wird und das beauftragte Unternehmen den Verstoß kannte oder kennen musste. Des Weiteren wird vereinbart, dass die mindestens grob fahrlässige und erhebliche Nichterfüllung einer Verpflichtung nach §§ 3 bis 6 durch das beauftragte Unternehmen den öffentlichen Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt. Bei Fehlen der Mindestentgelterklärung bei Angebotsabgabe und Nichtvorlage derselben nach Aufforderung durch den Auftraggeber ordnet § 3 Abs. 1 LTTG an, das Angebot von der Wertung auszuschließen. Bei Fehlen der Tariftreueerklärung bei Angebotsabgabe und Nichtvorlage derselben nach Aufforderung durch den Auftraggeber ordnet § 4 Abs. 6 LTTG an, das Angebot von der Wertung auszuschließen. Bieter/Bewerber mit Sitz im Inland, sowie deren Nachunternehmer mit Sitz im Inland, Verleiher von Arbeitskräften mit Sitz im Inland haben gemäß den Vorgaben des LTTG Rheinland-Pfalz eine Verpflichtungserklärung abzugeben. Dies gilt auch, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz im Inland beschäftigt sind. [2]. Der Bewerber hat anzugeben inwieweit sein Unternehmen einen Bezug zu Russland hat. Dafür ist die "Erklärung BMWK" auszufüllen und als Teil der Angebotsunterlagen abzugeben. Diese Erklärung ist auch für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleihergem. den Bedingungen der Erklärung abzugeben. Der Angebotsunterlagen sind auf der Vergabeplattform (www.subreport.de bzw. iTWO tender) eingestellt. [3.] Die Angebotsunterlagen und die anderen einzureichenden, bearbeitbaren Formulare sind auf den eigenen Rechner herunterzuladen, dort lokal auszufüllen und zu speichern. Angebote können ausschließlich von registrierten Bewerbern über die Vergabeplattform (www.subreport.de) in Textform eingereicht werden. Die ausgefüllten und lokal gespeicherten Unterlagen sind als Teil des Angebot auf die Plattform hochzuladen. Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist der Bieter, der die Erklärung abgibt, zu benennen. Die Kommunikation (Fragen, Auskünfte) erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform. [4]. Unteraufträge: Beabsichtigt der Bieter Teile der Leistung von Dritten ausführen zu lassen, hat er diese Leistungen in seinem Angebot zu benennen, sowie die vorgeschlagenen Unterauftragnehmer mit Namen, gesetzlichen Vertretern und Kontaktdaten, anzugeben. Hierzu ist der Vordruck „235 Verzeichnis der Leistungen Kapazitäten anderer Unternehmen“ zu verwenden. Die Auftraggeberin behält sich vor, von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, zu verlangen, nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen. Sofern erst nach Zuschlagserteilung eine Unterauftragsvergabe in Betracht gezogen wird, bedarf diese der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Auftraggeberin. Jeder Unterauftragnehmer hat den Vordruck „236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“ auszufüllen. Dieser ist mit

dem Angebot einzureichen. Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen zu verlangen nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel der benannten Unterauftragnehmer tatsächlich zur Verfügung stehen (§ 36 Abs. 1 S. 2 VgV). [5]. Eignungsleihe: Ein Bieter kann in Hinblick auf die Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er mit der Einreichung der Eignungsnachweise nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine vorbehaltlose und unterschriebene Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Zusätzlich ist im Fall der Eignungsleihe eine Erklärung auszufüllen und die gesamtschuldnerische Haftung im Umfang der Eignungsleihe zu erklären. Das in Anspruch genommene Unternehmen hat seine Eignung im Umfang der Eignungsleihe und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen auf die gleiche Weise nachzuweisen wie der Bieter. Das zur Eignungsleihe in Anspruch genommene Unternehmen hat dazu eine Erklärung im Umfang der Eignungsleihe einzureichen. [6]. Keine Kostenerstattung: Die Kosten für die Erstellung seines Angebots trägt der Bieter.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: CrossBorderLaw

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Der Auftraggeber wird einen Bewerber von der Teilnahme am

Vergabeverfahren ausschließen, wenn ein zwingender Ausschlussgrund i. S. d. § 123 GWB

vorliegt. Ferner kann der Auftraggeber unter Berücksichtigung des Grundsatzes der

Verhältnismäßigkeit einen Bewerber auch dann ausschließen, wenn ein fakultativer

Ausschlussgrund i.S.d. § 124 GWB gegeben ist. Daneben wird auf die Ausschlussgründe

nach § 19 Abs. 1 MiLoG, § 2 1 Abs. 1 A-EntG, § 98c AufenthG, § 21 SchwarzArbG, § 22

LkSG hingewiesen. Zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen haben

Bewerber und bevollmächtigte Vertreter einer Bewerbungsgemeinschaft eine Erklärung zum

Nichtvorliegen von Ausschlussgründen abzugeben. Die Erklärung zum Nichtvorliegen der

Ausschlussgründe ist in die Anlagen der Vergabeunterlagen integriert. Hinweis: Angaben zu

etwaigen Ausschlussgründen und ggf. ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125

GWB sind auf separater Anlage zu machen. Sonstige (nicht bevollmächtigte) Mitglieder der

Bewerbergemeinschaft und eignungsverleihende Unternehmen haben ebenfalls eine

Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen abzugeben. Dafür hat jedes

nicht bevollmächtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft und jedes eignungsverleihende

Unternehmen, auf dessen Kapazitäten der Bewerber sich zum Nachweis seiner Eignung

beruft (vgl. § 47 VgV) eine Erklärung ausgefüllt und in Textform dem Teilnahmeantrag

beizufügen. Angaben zu etwaigen Ausschlussgründen und ggf. ergriffenen

Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB sind auf separater Anlage zu machen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Hausmeisterdienste

Beschreibung: Die Stadt Neuwied beabsichtigt, die Hausmeisterdienstleistungen für die für die kommunalen Flüchtlingsunterkunft der Stadt Neuwied an einen externen Dienstleister zu vergeben. Die Flüchtlingsunterkunft verteilt sich auf sechs Wohnanlagen mit bis zu vierundzwanzig einzeln abschließbaren Wohn-Containern sowie einem Außengelände und ist

auf einen Betrieb mit bis zu 272 Personen ausgelegt. Es handelt sich um eine zweigeschossige Containerbauweise mit Dusch- und Toilettencontainer, Gemeinschaftsräumen, Küchen, Waschmaschinen- und Trocknercontainern. Ein Übersichtsplan der Flüchtlingsunterkunft ist den Vergabeunterlagen beigelegt. Das Vertragsverhältnis hat zunächst eine feste Laufzeit. Dem Auftraggeber steht das Recht zu, die Laufzeit dieses Vertrages dreimal um je ein weiteres Jahr zu verlängern (Verlängerungsoptionsrecht). Die maximale Laufzeit ist auf den 01.04.2030 beschränkt. Einzelheiten sind in § 3 des Vertrags geregelt. Der Bedarf wird auf ca. 6.212 Arbeitsstunden pro Jahr (24/7) geschätzt, bei max. 2 Mitarbeiter.
Interne Kennung: LOT-0001 2026-45

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 98341140 Hausmeisterdienste

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Dem AG steht das Recht zu, die Laufzeit dieses Vertrages dreimal um je ein weiteres Jahr zu verlängern (Verlängerungsoptionsrecht). Der Vertrag inklusiver der Verlängerungen endet spätestens am 01.04.2030 ohne dass es einer Kündigung bedarf.

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Neuwied (DEB18)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Adresse: Krasnaer Straße, 56566 Neuwied - Block

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/12/2026

Enddatum der Laufzeit: 01/04/2027

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 3

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance# #Besonders auch geeignet für:selbst# #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: 1)

Für die Eignung werden folgende Angaben und Nachweise verlangt: a) Umsatz des

Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren. b) Angabe zu

Insolvenzverfahren und Liquidation: Erklärung, dass ein Insolvenzverfahren oder ein

vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein

Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde (auf Verlangen der Vergabestelle ist der Insolvenzplan vorzulegen). c) Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung: Erklärung, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt wurden. Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, müssen die Bewerber/Bieter zur Bestätigung dieser Angaben eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen (soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt) vorlegen. Die Eignung ist durch die Eigenerklärungen gem. Formblatt „Eigenerklärungen zur Eignung“ nachzuweisen. Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Nach Aufforderung sind die fehlenden Erklärungen und Nachweise innerhalb von 10 Kalendertagen vorzulegen. Die Vergabeunterlagen incl. das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" stehen unter dem in 5.1.11 genannten Zugang uneingeschränkt und vollständig zur Verfügung. 2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für die gesamte Laufzeit des Vertrages auf seine Kosten eine Betriebshaftpflichtversicherung bei einem deutschen Versicherer zu den nachfolgenden Bedingungen abzuschließen, wobei die Haftpflichtversicherungen sich auch auf Umweltschäden beziehen müssen. Die Betriebshaftpflichtversicherung ist mit den folgenden Mindestdeckungssummen vorzuhalten: für Umweltschäden in Höhe von 5.000.000,00 €, Personenschäden in Höhe von 5.000.000,00 €, Sach- und Vermögensschäden in Höhe von 5.000.000,00 €, Tätigkeitsschäden in Höhe von 550.000,00 €, Schlüsselverlustschäden in Höhe von 1.000.000,00 €, die je Versicherungsfall 2-fach pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehen müssen, nachzuweisen und für die gesamte Dauer des Vertrages aufrechtzuerhalten. Die Versicherung muss eine Nachhaftungsfrist von mindestens 5 Jahren für den Todesfall des Versicherungsnehmers sowie die Liquidation des Unternehmens beinhalten. Gleiches gilt auch für den Fall der Insolvenz. Zum Nachweis des Versicherungsschutzes ist der Auftragnehmer verpflichtet, unverzüglich nach dem Zuschlag eine entsprechende aktuelle Bestätigung seines Haftpflichtversicherers mit der Versicherungsnummer und den mit dem Auftraggeber vereinbarten Deckungssummen zu überreichen. Darüber hinaus hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber jederzeit auf Verlangen des Auftraggebers unverzüglich eine Versicherungsbestätigung vorzulegen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber spätestens 2 Wochen nach Vertragsunterzeichnung die Zahlung der fälligen Versicherungsprämien nachzuweisen. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber über einen Wechsel seines Versicherers unverzüglich schriftlich informieren und eine Versicherungsbestätigung vorlegen.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister: Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen: Für die Eignung werden folgende Angaben und Nachweise verlangt: a) Registereintragungen: Erklärung zur Registereintragung im im Berufsregister. Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, müssen die Bewerber/Bieter zur Bestätigung Ihrer Erklärung folgende Nachweise vorlegen: Handelsregistrauszug und/oder Eintragung in der Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer. b) Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber oder Bieter in Frage stellt. c) Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft. Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, müssen die Bewerber /Bieter zur Bestätigung dieser Angabe eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der

Berufsgenossenschaft des für Ihr Unternehmen zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorlegen. Die Eignung ist durch Eigenerklärungen gem. Formblatt „Eigenerklärungen zur Eignung“ nachzuweisen. Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Nach Aufforderung sind die fehlenden Erklärungen und Nachweise innerhalb von 10 Kalendertagen vorzulegen. Die Vergabeunterlagen incl. das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" stehen unter dem in 5.1.11 genannten Zugang uneingeschränkt und vollständig zur Verfügung.

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1) Referenzen: Der Bieter muss mit seinem Angebot drei vergleichbare Referenzen nachweisen, die die erfolgreiche Durchführung in Bezug auf die ausgeschriebenen Anforderungen dokumentieren. Vergleichbare Referenzen müssen sich auf Leistungen beziehen, die in Art, Umfang und Komplexität den Anforderungen der Ausschreibung entsprechen. Die Referenzen sind durch geeignete Nachweise wie z. B. Abschlussbestätigungen, Auftragsbestätigungen zu belegen. 2) Falls das Angebot in die engere Wahl kommt: a) Angaben zu Arbeitskräften: Erklärung des Bieters/Bewerbers, dass Ihm für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. b) Angabe /Erklärung die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal angeben. Die Eignung ist durch die Eigenerklärungen gem. Formblatt „Eigenerklärungen zur Eignung“ nachzuweisen. Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Nach Aufforderung sind die fehlenden Erklärungen und Nachweise innerhalb von 10 Kalendertagen vorzulegen. Die Vergabeunterlagen incl. das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" stehen unter dem in 5.1.11 genannten Zugang uneingeschränkt und vollständig zur Verfügung. 3) Eigenerklärung zur Einhaltung der tariflichen Vorgaben im Gebäudereiniger-Handwerk. 4) Allgemeine Hinweise: Bei der Durchführung der vertraglich zu erbringenden Leistungen hat der Auftragnehmer sämtliche einschlägigen Normen, Bestimmungen, Gesetze etc. in der jeweils gültigen Fassung zu beachten. Die Tätigkeiten sind z. T. schwere körperliche Arbeiten (u. a. Tragen von Lasten > 15 kg) und beinhalten Arbeiten in verschiedenen Körperhaltungen (u. a. Gehen, Stehen, Sitzen, Hocken, Strecken, Über-Kopf-Arbeiten, Arbeiten auf Leitern) im Innen- und Außenbereich. Da auch gelegentlich Kleinmöbel oder mehrere Kartons Papier transportiert werden müssen, ist ein Kleintransporter Voraussetzung für die Arbeitserledigung. 5) Allgemeine Leistungen: Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Hausmeisterdienstleistungen durchzuführen. Die einzelnen auszuführenden Tätigkeiten inkl. der Häufigkeit der Durchführung sind in dem Pflichtenheft beschrieben. Das Pflichtenheft ist Anlage zu der Leistungsbeschreibung. Zum Leistungsumfang gehören auch Bedarfspositionen. Dabei handelt es sich um folgende Leistungen: Sämtliche Transportarbeiten, die für die Flüchtlingsunterkunft nötig sind (Bsp. Beschaffung und Transport von Spülmaschinen, Kühlschränken, Herd, Kochfelder, kleinere Möbelgegenstände etc.). In dem Preisblatt sind diese unter Pos.-Nr. 2 einzupreisen. Die Fahrtkosten sind vom Bieter als monatliche Pauschale anzubieten und werden auch so vergütet. Für Kalkulationszwecke ist zu unterstellen, dass eine jährliche Kilometerzahl von 12.000 Kilometern nicht überschritten wird. Davon geht auch die Auftraggeberin aus. 6) Sachmittel: Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle zur Erbringung der Leistung benötigten Hilfsmittel (Werkzeuge, Schubkarre, Leitern, Kärcher, Freischneider u. a.) zu stellen. Ein Kleintransporter ist zu stellen. 7) Personal: Das vom

Auftragnehmer bei Auftragsdurchführung eingesetzte Personal muss insbesondere folgende Voraussetzungen erfüllen: zuverlässig und flexibel arbeiten, ein gepflegtes äußeres Erscheinungsbild und gute Umgangsformen besitzen, die selbständige Abwicklung einschlägiger Vorgänge übernehmen, über eine mindestens zweijährige Berufserfahrung in vergleichbarer Tätigkeit verfügen, älter als 18 Jahre sein. Die Mitarbeiter müssen, sofern nichts anderes verlangt wird, Sprachkenntnis in Deutsch mindestens B2 der EU-Referenz oder gleichwertig aufweisen. Alle hauptamtlichen Mitarbeitenden besitzen einen gültigen Führerschein Klasse B. 8) besondere Voraussetzungen: Der eingesetzte Hausmeister muss beruflich qualifiziert sein. Er muss eine abgeschlossene Ausbildung oder Weiterbildung /Qualifikation in einem einschlägig anerkannten Beruf (Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechniker, Elektrofacharbeiter, Instandhaltungsmechaniker oder vergleichbare Ausbildung/ Weiterbildung) haben. Der Nachweis über die berufliche Qualifizierung der Hausmeister kann durch Vorlage über den erlangten Berufsabschluss (z.B. Gesellenbrief, Prüfungszeugnis etc.) oder den Nachweis der erfolgreich bestandenen Qualifikation erbracht werden. Soweit die vorgesehene Objektleitung die Sprache „Deutsch“ nicht als Muttersprache spricht, ist es erforderlich, die geforderten Sprachkenntnisse nachzuweisen. Der Nachweis kann durch Vorlage eines Bildungsnachweises oder eines Sprachtestes erbracht werden. Die Nachweise sind vor Leistungsbeginn vorzulegen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Der Zuschlag wird auf der Grundlage des besten Preis-Leistungs-Verhältnisses auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Alleiniges Zuschlagskriterium ist der Preis (100%). In die Wertung geht die Gesamtauftragssumme gemäß Preisblatt ein unter Berücksichtigung der maximalen Laufzeit. Die Gesamtauftragssumme wird anhand der Eintragungen des Bieters im Preisblatt anhand der dort vorgegebenen Jahresarbeitsstunden automatisch errechnet. In die Gesamtauftragssumme und damit in die Wertung gehen auch etwaige Bedarfspositionen gemäß Preisblatt ein. Der Bieter mit der niedrigsten Gesamtauftragssumme wird für den Zuschlag ausgewählt.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 22/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E57811919>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E57811919>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 29/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 49 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Unterlagen werden gem. § 56 VgV nachgefordert.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 29/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Eröffnungstermin — Beschreibung: Die Öffnung der Angebote wird gem. § 55 VgV an einem Termin unverzüglich nach Ablauf der Angebotsfrist durchgeführt. Bieter sind nicht zugelassen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Die Teilnahme von Bietergemeinschaften ist zulässig. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaften sind mit vollständigen Adressangaben auf dem Vordruck "234 Erklärung Bieter-Arbeitsgemeinschaft" zu nennen. Ferner ist auf diesem verbindlich von allen Mitgliedern jeweils zu erklären, dass alle Mitglieder der Bietergemeinschaften (und später der Arbeitsgemeinschaft) als Gesamtschuldner haften (sog. Gesamtschuldnererklärung). Wenn in den Vergabeunterlagen von „Bietern“ gesprochen wird, gelten die Ausführungen entsprechend auch für Bietergemeinschaften. Der Vordruck "236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen" ist für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesondert auszufüllen.

Finanzielle Vereinbarung: Die Rechnungen des Auftragnehmers sind bis zum 10. Werktag des Folgemonats zentral an folgende Adresse zu richten: Rechnungen-FUBlock@stadt-neuwied.de

Die anzugebende Rechnungsadresse lautet: Stadtverwaltung Neuwied Amt 50 - Amt für Soziales, Senioren u. Integration Heddesdorfer Str. 33-35, 56564 Neuwied. Mit der Rechnung sind die Originalbelege und der Nachweis der tatsächlichen Einsatzzeiten des Personals einzureichen. Der Auftragnehmer bewahrt die Belege für die Dauer der Vertragslaufzeit auf, mindestens jedoch 3 Jahre. Dem Auftraggeber ist innerhalb dieses Zeitraumes ein Prüfrecht einzuräumen.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau - Vergabekammer-

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:
Stadtverwaltung Neuwied
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadtverwaltung Neuwied
Organisation, die Angebote bearbeitet: Stadtverwaltung Neuwied

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Neuwied
Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00000628
Postanschrift: Engerser Landstr. 17
Stadt: Neuwied
Postleitzahl: 56564
Land, Gliederung (NUTS): Neuwied (DEB18)
Land: Deutschland
E-Mail: verdingungsstelle@neuwied.de
Telefon: 026318020
Internetadresse: <https://www.neuwied.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt
Organisation, die Angebote bearbeitet
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau - Vergabekammer-
Registrierungsnummer: USt-ID: DE355604198
Postanschrift: Stiftsstraße 9
Stadt: Mainz
Postleitzahl: 55116
Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)
Land: Deutschland
E-Mail: vegabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de
Telefon: 06131162234
Fax: 0613116162113

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: da98f593-233c-451d-94c5-7f19f167b72c - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/08/2026 08:28:21 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 597790-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 167/2026

Datum der Veröffentlichung: 31/08/2026